

## **Kleine Anfrage**

**der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE**

**und**

## **Antwort**

**des Umweltministeriums**

### **Umweltverbrauch senken und Wohlstand neu definieren**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie haben sich der „Umweltverbrauch“ bzw. der „Ökologische Fußabdruck“ (inkl. indirekter ökologischer Rucksäcke der Importe) Baden-Württembergs bzw. der baden-württembergischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entwickelt und um welchen Faktor würde die ökologische Tragfähigkeit der Erde überschritten, wenn weltweit entsprechend gewirtschaftet und konsumiert würde?
2. Inwieweit und anhand welcher Indikatoren ist eine Entkopplung (relativ bzw. absolut) des Wirtschaftswachstums vom Umweltverbrauch zu beobachten und wo liegen nach ihrer Ansicht die Grenzen der Entkoppelung?
3. Wie haben sich „Lebenszufriedenheit“ bzw. „Wohlstand“ in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entwickelt, gemessen an Indikatoren wie HDI, GPI, HPI o. ä.?
4. Welche Möglichkeiten und Fortschritte sieht sie bzgl. der Weiterentwicklung der Abfallpolitik in Richtung Produktpolitik (vgl. hierzu das Sondergutachten des Nachhaltigkeitsbeirats zur Abfallpolitik aus dem Jahr 2004)?
5. In welcher Form und mit welchem Ergebnis hat sich die Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung bisher mit wachstums- und konsumkritischen Ansätzen beschäftigt und Konzepte für Wohlstand jenseits des Wachstumszwangs entwickelt?
6. Welche Rolle spielen Konsum- und Ökonomieerziehung im Rahmen der „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“?

7. Inwieweit betreibt sie Öffentlichkeitsarbeit für nachhaltigen Konsum, die Anschaffung langlebiger Produkte, Mieten statt Kaufen u. ä. und welche Haltung nimmt sie zu wachstums- und konsumkritischen Aktionen wie dem „Kauf-Nix-Tag“ ein?

09. 02. 2010

Dr. Splett GRÜNE

### Begründung

Seit Jahrzehnten wird über die „Grenzen des Wachstums“ diskutiert (vgl. z. B. das gleichnamige vom Club of Rome 1971 herausgegebene Buch). Es spricht vieles dafür, dass die Begrenztheit der Ressourcen ein unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum nicht zulässt. Klar ist auch, dass die Menschheit die Tragfähigkeit der Erde schon heute übernutzt und die Verantwortung hierfür zum ganz überwiegenden Teil bei den Industrieländern liegt. In den vergangenen Jahrzehnten wurden verschiedene Konzepte und Indikatoren entwickelt, um den Umweltverbrauch und seine global ungleiche Verteilung zu messen (vgl. z. B. das von Brot für die Welt, eed und BUND herausgegebene Buch „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“).

Gleichzeitig existiert die Erkenntnis, dass Wirtschaftswachstum jenseits der Erfüllung der Grundbedürfnisse nicht zu mehr subjektiver Lebenszufriedenheit innerhalb der Gesellschaft führt. Jenseits der Erfüllung der Grundbedürfnisse ist das persönliche Glücksempfinden, soweit es überhaupt etwas mit Wohlstand zu tun hat, eher an relativen Wohlstand geknüpft. Es wird deshalb seit langem an neuen Indikatoren gearbeitet, die anstelle des Bruttoinlandsprodukts (BIP) treten und mehr über Lebenszufriedenheit aussagen sollen (vgl. z. B. Human Development Index [HDI] der Vereinten Nationen, Genuine Progress Indicator [GPI], Happy Planet Index [HPI], Bruttosozialglück-Ansatz in Bhutan usw.).

Vorliegende Anfrage soll zum einen den Umweltverbrauch bzw. ökologischen Fußabdruck Baden-Württembergs beleuchten und zum anderen Ansätze für einen umweltfreundlicheren Konsum und Wohlstand ohne Wachstumszwang aufzeigen.

### Antwort

Mit Schreiben vom 27. Februar 2010 Nr. 21–4500.2/248/14 beantwortet das Umweltministerium im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum die Kleine Anfrage wie folgt:

*Ich frage die Landesregierung:*

- 1. Wie haben sich der „Umweltverbrauch“ bzw. der „Ökologische Fußabdruck“ (inkl. indirekter ökologischer Rucksäcke der Importe) Baden-Württembergs bzw. der baden-württembergischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entwickelt und um welchen Faktor würde die ökologische Tragfähigkeit der Erde überschritten, wenn weltweit entsprechend gewirtschaftet und konsumiert würde?*

Eine Berechnung des „Ökologischen Fußabdrucks“ bzw. des „Ökologischen Rucksacks“ für Baden-Württemberg ist nicht bekannt. Der Umweltverbrauch

wird für die unterschiedlichen Umweltbereiche in den Umweltdaten, die alle drei Jahre neu erscheinen, für Baden-Württemberg dargestellt. Sie sind auf der Homepage der LUBW unter <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/58763/> abrufbar. Ergänzt werden diese Informationen durch das Faltblatt „Daten zur Umwelt – Umweltindikatoren“, die sich auf dem Internetangebot des Statistischen Landesamtes unter [www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de) abrufen lassen. Ein Index zum Umweltverbrauch wird für Baden-Württemberg nicht berechnet. Insofern können auch keine Aussagen darüber gemacht werden, um welchen Faktor die ökologische Tragfähigkeit der Erde überschritten würde, wenn weltweit entsprechend gewirtschaftet und konsumiert würde.

*2. Inwieweit und anhand welcher Indikatoren ist eine Entkopplung (relativ bzw. absolut) des Wirtschaftswachstums vom Umweltverbrauch zu beobachten und wo liegen nach ihrer Ansicht die Grenzen der Entkopplung?*

Bezüglich der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und „Umweltverbrauch“ gibt die Umweltökonomische Gesamtrechnung Auskunft. Die Darstellung des Spannungsverhältnisses zwischen „Wirtschaft und Ökologie“ ist Gegenstand der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder. Der Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnung der Länder (AK UGRdL) publiziert grundlegendes Datenmaterial für den Regionalvergleich ([www.ugrdl.de](http://www.ugrdl.de)).

Von der Umweltministerkonferenz sind in Abstimmung mit dem AK UGRdL zwei Indikatoren, die Relationen zwischen dem BIP und dem Ressourcenverbrauch herstellen, zur Darstellung in der Umweltberichterstattung der Länder empfohlen. Dies sind die Indikatoren „Energieproduktivität“ und „Rohstoffproduktivität“. Beide Indikatoren werden für Baden-Württemberg im Faltblatt „Daten zur Umwelt – Umweltindikatoren“ jährlich fortgeschrieben und geben Anzeichen einer Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Umweltverbrauch. Beide Indikatoren zeigen ab 2007 einen positiven Trend. Die wirtschaftliche Entwicklung im Land koppelt sich langsam vom Energieverbrauch ab und die Rohstoffproduktivität steigt deutlich an.

*3. Wie haben sich „Lebenszufriedenheit“ bzw. „Wohlstand“ in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entwickelt, gemessen an Indikatoren wie HDI, GPI, HPI o. ä.?*

Hierzu liegen uns keine Informationen vor. Die Landesregierung verfolgt jedoch die diesbezügliche wissenschaftliche Diskussion. Die Messung von „Lebenszufriedenheit“ bzw. „Wohlstand“ war für die Sozialwissenschaften und insbesondere für die Wirtschaftswissenschaft schon immer eine Herausforderung. Bisher hat sich aber – aus ökonomischer Sicht – noch kein Indikator gefunden, der „BIP pro Kopf“ bzw. „Pro-Kopf-Einkommen“ als praktikablen Wohlfahrtsmaßstab ablösen könnte. Eine spezielle Auswertung zur „Lebenszufriedenheit“ bzw. zum „Wohlstand“ in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren ist nicht bekannt.

Für die nationale Ebene gibt es einen 2010 erschienenen Forschungsbericht des Umweltbundesamtes „Wohlfahrtsmessung in Deutschland – Ein Vorschlag für einen nationalen Wohlfahrtsindex“ (UBA-FB 001328). Das F&E-Vorhaben untersucht mögliche komplementäre Indikatoren zum Bruttoinlandsprodukt und zum Bruttonationaleinkommen (BIP/BNE). Ein erstes Variablenset zur Ergänzung des BIP/BNE umfasst 21 Teilvariablen, die zum einen nicht über den Markt erzielte Wohlfahrtssteigerungen miteinbeziehen, zum anderen einige soziale Kosten und ökologische Schäden abziehen. Korrekturfaktoren zur Einkommensverteilung und zu Kapitalbilanz und Kapitalausstattung runden das Bild einer realitätsnäheren Darstellung der Wohlfahrtsentwicklung ab. Über ein Aggregationsverfahren wurde dann hieraus ein „Nationaler Wohlfahrtsindex“ für Deutschland (NWI) in seinen Grundzügen berechnet. Die wissenschaftliche Bewertung und Interpretation bedarf noch methodischer

Verbesserungen und vor allem einer erweiterten Datengrundlage, die in Zukunft in regelmäßigen Zeitintervallen zur Verfügung stehen sollte. Die auf EU- und OECD-Ebene sowie vor allem in Frankreich intensiv geführte Debatte um das Verhältnis zwischen wirtschaftlichem Wachstum und realen gesellschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen erhält anhand dieser konzeptionellen Überlegungen und empirischen Ergebnisse auch in Deutschland steigende Bedeutung.

Andere hoch aggregierte Indikatorensysteme der OECD (wie in der Anfrage erwähnt) müssen primär die Unterschiede der unterschiedlichen Mitgliedsstaaten beleuchten und lassen für die einzelnen Staaten keine differenzierte Trendentwicklung erkennen. Zum Beispiel verharrt der Human Development Index (HDI) für Deutschland seit Jahren auf hohem Niveau.

*4. Welche Möglichkeiten und Fortschritte sieht sie bzgl. der Weiterentwicklung der Abfallpolitik in Richtung Produktpolitik (vgl. hierzu das Sondergutachten des Nachhaltigkeitsbeirats zur Abfallpolitik aus dem Jahr 2004)?*

Der Nachhaltigkeitsbeirat hatte in seiner Analyse zur nachhaltigen Abfallwirtschaft des Landes in dem genannten Sondergutachten festgestellt, „eine nachhaltige Abfallpolitik müsse zur Vermeidung von Abfallmengen weiter vorne im Produktzyklus ansetzen und die Vermeidung von Abfällen fördern“.

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Unternehmen auch aus ökonomischen und wettbewerblichen Gründen darauf hingearbeitet, die Umweltbelastungen durch Produkte zu verringern. In Baden-Württemberg hat sich die Effizienz der Umweltinanspruchnahme für Produktion und Konsum seit Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts in beachtlichem Umfang verbessert, wie es im zweiten Umweltplan der Landesregierung (Seite 30 ff.) dargestellt ist. Gleichwohl werden die Möglichkeiten der Abfallvermeidung und -verwertung europa- und weltweit noch nicht ausgeschöpft. Zu diesem Ergebnis kommt die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung zur Weiterentwicklung der nachhaltigen Ressourcennutzung aus dem Jahre 2006. Mit der Neufassung der Abfallrahmenrichtlinie wurden zwischenzeitlich neue Rahmenbedingungen geschaffen, die auch Auswirkungen für die Gestaltung künftiger politischer Konzepte in Richtung Abfallvermeidung, -recycling und Wiederverwendung haben werden.

Für einzelne Produktbereiche wie Verpackungen, Altfahrzeuge, Elektro- und Elektronikaltgeräte und Batterien bestehen bereits Anforderungen an Wiederverwendung, Recycling und energetische Verwertung. Mit der Ökodesign-Richtlinie der Europäischen Union (EU) erfolgte eine Weiterentwicklung der Recyclingpolitik der EU. Neben Belangen des Klimaschutzes soll damit auch die Umweltverträglichkeit von Elektrogeräten aller Art verbessert werden. Im Rahmen der sogenannten Integrierten Produktpolitik (IPP) wird der gesamte Lebenszyklus eines Elektrogerätes von der Produktion bis zur Entsorgung betrachtet. Darüber hinaus wird durch das Vermeiden der Deponierung biologisch abbaubarer Abfälle, die Festlegung von Mindestqualitätsnormen für einige Recyclinganlagen und die Entwicklung gemeinsamer Recyclingstandards die Weiterentwicklung in Richtung Produktpolitik verbessert. Eine bessere Verwertung trägt zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen bei und unterstützt damit auch Klimaziele.

Die Umsetzung der in der Abfallrahmenrichtlinie vorgegebenen Abfallhierarchie wird die Entwicklung der Abfallpolitik in den nächsten Jahren maßgeblich beeinflussen. Die Landesregierung sieht in dem von der EU verfolgten Konzept zur Entwicklung einer ökonomisch und ökologisch ausgerichteten Recyclinggesellschaft einen geeigneten Lösungsansatz für eine nachhaltige Umweltpolitik. Dabei sollen besonders Lebenszyklen in der Abfallpolitik und die Auswirkungen von Abfällen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit berücksichtigt werden.

In zahlreichen baden-württembergischen Hochschuleinrichtungen der Materialwissenschaften wird der Prozess der integrierten Produktentwicklung auf unterschiedlichen Gebieten – wie den nanostrukturierten Werkstoffen, der Werkstoffsynthese, Oberflächenbehandlung, Material für Bio- und Naturstoffe etc. unterstützt und gefördert. Allerdings muss es gelingen, Konzepte für die Abfallvermeidung und eine höhere Ressourcenproduktivität, etwa durch gemeinschaftliche und intensivere Nutzung von Gebrauchsgütern in Privathaushalten, auf der Ebene der Konsumenten umzusetzen. Die längere und intensivere Nutzung von Gütern und Stoffen nimmt dabei unverändert eine Schlüsselrolle ein. Sie setzt jedoch eine auf qualitatives Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsweise voraus.

*5. In welcher Form und mit welchem Ergebnis hat sich die Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung bisher mit wachstums- und konsumkritischen Ansätzen beschäftigt und Konzepte für Wohlstand jenseits des Wachstumszwangs entwickelt?*

Die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg geht in der Präambel sowie in den „Zielen einer nachhaltigen Entwicklung für Baden-Württemberg“ von einem umfassenden Nachhaltigkeitsverständnis aus, in dem die ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen gleichrangig als integrale Bestandteile behandelt werden. Hierbei erkennt sie an, dass die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und Belastbarkeit der Erde nicht substituierbare Rahmenbedingungen vorgeben und damit Grenzen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung setzen. Dieses Grundverständnis ist auch Maßstab dafür, welche Aspekte bei der Frage nach der Nachhaltigkeit des Konsumverhaltens beachtet werden müssen. Nachhaltiger Konsum hat danach mehrere Dimensionen. Er betrifft den durch das Konsumverhalten unmittelbar zu beeinflussenden persönlichen „Ökologischen Fußabdruck“ ebenso wie die Möglichkeit, durch die Kaufentscheidung und die „Macht der Nachfrage“ mittelbar die ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen der Produktion zu gestalten. Dies hat zur Folge, dass im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie verschiedenste Handlungsfelder beleuchtet werden. Hierzu gehören Aspekte des Konsumverhaltens wie etwa der Kauf ökologisch und sozial produzierter Produkte sowie regionaler, energieeffizienter und langlebiger Produkte ebenso wie Fragen des Konsumverzichts. Zu berücksichtigen sind aber auch die Entwicklung nachhaltiger Produktionsstrategien und die möglichst sinnvolle Verwendung des Abfalls.

Mehrere Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie haben sich mit diesen Fragen aus unterschiedlichen Blickrichtungen beschäftigt, wie beispielsweise die Projekte „Gesunde Ernährung“, „Reduzierung des Energieverbrauchs in Haushalt, Gewerbe und Industrie“, „Hochwertige Lebensmittel aus unserem Land“ und „Abfall als Ressource“, siehe im Einzelnen Drs. 14/5456 vom 18. November 2009 und das Magazin der Nachhaltigkeitsstrategie „Jetzt das Morgen gestalten – nachhaltiges Wirtschaften: Die Krise als Chance?“. Aktuell befasst sich das Projekt „Nachhaltiger Konsum“ unter Federführung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum mit der Frage, wie die Rahmenbedingungen für nachhaltiges Konsumverhalten aussehen und wie sie verbessert werden können. Das Projekt „Green IT“ unter Federführung des Innenministeriums befasst sich mit dem möglichst energieeffizienten Einsatz der Informationstechnologie.

Auch über die einzelnen Projekte hinaus wurden Fragen des nachhaltigen Konsums im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie thematisiert, so beispielsweise im Themenfeld-Workshop „Lebensqualität“ im Dezember 2007 und auf den Nachhaltigkeitskongressen in den Jahren 2008 und 2009. Wesentliche Ergebnisse des Kongresses 2009 und Stellungnahmen zum gesellschaftlichen Diskurs über „das rechte Maß“ sind im aktuellen Magazin der Nachhaltigkeitsstrategie (s. o.) enthalten. Aufgegriffen werden Fragen des Zusammenhangs

von Konsum und Lebenszufriedenheit bzw. Erfüllung der Grundbedürfnisse, Fragen des Verzichts und der sorgfältigen Auswahl sowie alternative Modelle zur Bedürfnisbefriedigung wie etwa die Nutzung von Gebrauchsgütern ohne Eigentumserwerb in sogenannten „Pool-Lösungen“.

*6. Welche Rolle spielen Konsum- und Ökonomieerziehung im Rahmen der „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“?*

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) zielt auf eine Veränderung von Einstellungen, Denkstilen und Verhaltensweisen, um die Gesellschaft auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Konsum- und Ökonomieerziehung sind hierbei wichtige Themenfelder. In Baden-Württemberg existieren hierzu viele Aktionen und Initiativen, die nachfolgend nur auszugswise wiedergegeben werden können:

Das Projekt „KURS 21: Schulen unternehmen Zukunft – Lernpartnerschaften für Nachhaltigkeit“ der deutschen Bundesstiftung Umwelt wird vom Kultusministerium und dem Wirtschaftsministerium zusammen mit den Industriekammern und den Handwerkskammern des Landes unterstützt. Ziel ist es einerseits, in die Schulen die BNE-Inhalte einzubringen und andererseits, in den Unternehmen eine nachhaltige Unternehmensstrategie zu unterstützen. Die Lernmodule beschäftigen sich beispielsweise mit den Themen „Produkte, Dienstleistungen und Nachhaltigkeit“ und „Unternehmen in einer globalisierten Welt“.

Konsum- und Ökonomieerziehung mit sehr starkem Praxisbezug gewährleistet überdies das Konzept der Schülerfirmen, in denen Schülerinnen und Schüler eine eigene Geschäftsidee entwickeln und umsetzen. In Baden-Württemberg wurden zwischenzeitlich mehrere Schülerfirmen, die die Themen der BNE intensiv aufgreifen, als „Offizielle Projekte der Weltdekade“ ausgezeichnet.

Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum hat im Medienpaket „Konsumieren mit Köpfchen – Materialien zur Verbraucherbildung von Jugendlichen“ rund 30 verschiedene Bildungsmaterialien von Stiftungen, Institutionen, Verlagen, Verbänden und gemeinnützigen Einrichtungen in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband ausgewählt und mit der Pädagogischen Hochschule Heidelberg nach pädagogisch-didaktischen Kriterien bewertet und kommentiert. Das Medienpaket steht weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg zur Verfügung und wird auf dem Portal „Bildung für nachhaltige Entwicklung [www.bne-portal.de](http://www.bne-portal.de)“ beworben. Themenbereiche sind der „Umgang mit Geld“, „Konsum und Marktgeschehen“ und die „Auswirkungen des privaten Konsums“. Bezüge zu den Bildungsplänen der Haupt-/Werkrealschulen, der Realschulen und der Gymnasien in Baden-Württemberg sowie zu den REVIS-Bildungszielen, der aktuellen Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen, werden hergestellt.

Das Umweltministerium hat in verschiedenen Themenheften für Schülerinnen und Schüler Aspekte aufgegriffen, welche die Wechselbeziehung der Lebensstile und den natürlichen Ressourcen beleuchten, wie beispielsweise die Hefte „Wasser“, „Boden“, „Klima“, und „Textil und Mode“ (siehe im Einzelnen [www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/11152/](http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/11152/)). Ein Themenheft „Ressourcenverbrauch“ ist in Vorbereitung. Darüber hinaus setzen sich die Handreichungen „Umwelterziehung und Nachhaltigkeit“, die in Kooperation von Umweltministerium und Kultusministerium sowie der Stiftung Naturschutzfonds herausgegeben werden, u. a. mit den Themen Produktion, Konsum und Ressourcennutzung auseinander (<http://www2.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/25368/>).

Auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie nimmt die Konsum- und Ökonomie-Erziehung einen bedeutenden Schwerpunkt ein. In Umsetzung des Projekts „Wissen und Nachhaltigkeit“ des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst wurde die Internet-Plattform [www.wir-ernten-was-wir-saeen.de](http://www.wir-ernten-was-wir-saeen.de) erstellt. Diese folgt dem Prinzip „von Jugendlichen für Jugendliche“ und bietet Informationen, Diskussionsforen und Ansprechpartner rund um das Thema nachhaltige Entwicklung. Nachhaltiger Konsum ist angesichts der Zielgruppe naturgemäß eines der Schwerpunktthemen. Zudem wird derzeit im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie ein „Brundtland-Prozess“ an Schulen gestartet. Die Schülerinnen und Schüler werden sich hier über mehrere Monate im Regelunterricht mit Fragen nachhaltiger Entwicklung und des nachhaltigen Konsums befassen. Das oben bereits angesprochene Projekt „nachhaltiger Konsum“ unter Federführung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum arbeitet derzeit insbesondere an Konzepten, wie Schülerinnen und Schüler für einen nachhaltigen Konsum gewonnen werden können und an Bildungsmodulen, die verdeutlichen, wie der Umgang mit Geld die Gesellschaft gestaltet.

*7. Inwieweit betreibt sie Öffentlichkeitsarbeit für nachhaltigen Konsum, die Anschaffung langlebiger Produkte, Mieten statt Kaufen u. ä. und welche Haltung nimmt sie zu wachstums- und konsumkritischen Aktionen wie dem „Kauf-Nix-Tag“ ein?*

In einem marktwirtschaftlichen System obliegt es den Bürgern, über Qualität und Quantität von Produkten und Dienstleistungen im Rahmen ihrer Kaufentscheidungen und unter Berücksichtigung ihrer ökonomischen Möglichkeiten selbst zu bestimmen.

Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum hat in seinem Diskussionspapier „Verbraucherpolitische Strategie Baden-Württemberg“ das Thema „Nachhaltiger Konsum“ aufgegriffen. Demnach kommt dem Konsumverhalten der Verbraucher bei der Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Produktionsweise eine Schlüsselfunktion zu. Das Papier wurde im Mai 2009 in Berlin vorgestellt und mit verbraucherpolitischen Vertretern aus dem gesamten Bundesgebiet diskutiert. Teilnehmer waren unter anderem der Vorsitzende des Verbraucherzentrale Bundesverbandes, Vertreter der Verbraucherzentralen und der Verbraucherministerien der Länder und des Bundes sowie der Fraktionen des Bundestages und der Wirtschaft. Eingeladen waren auch Vertreter der Fraktionen des Landtages von Baden-Württemberg.

Das Diskussionspapier ist auf der Homepage des MLR ([www.mlr.baden-wuerttemberg.de](http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de)) und im Verbraucherportal Baden-Württemberg ([www.verbraucherportal-bw.de](http://www.verbraucherportal-bw.de)) eingestellt.

Die im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg eingesetzte Projektgruppe „Nachhaltiger Konsum“ des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum sammelt derzeit Ideen und erarbeitet Vorschläge für konkrete Lösungsansätze, die das oben genannte Anliegen unterstützen.

In einem Expertengespräch im Landtag im April 2009 wurde u. a. auch mit Wirtschaftsvertretern darüber diskutiert, wie durch mehr Transparenz beim Energieverbrauch und durch eine Erhöhung der Energieeffizienz wesentliche Beiträge zum Klimaschutz geleistet werden können.

Bezüglich der Umsetzung nachhaltigen Konsumverhaltens können aus Sicht der Landesregierung sowohl der Weg der „Effizienz“ als auch der „Suffizienz“ (z. B. der „Kauf-Nix-Tag“) beschritten werden. Dabei sollen sich Verbraucherinnen und Verbraucher individuell und situationsabhängig selbst entscheiden können, welchen Weg sie jeweils beschreiten wollen.

Die privaten Produktions- und Konsumententscheidungen sind die Grundlage für das Wirtschaftswachstum. Die Landesregierung ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestrebt, den Gedanken der Nachhaltigkeit in die privaten Entscheidungen einzubringen.

Gönner

Umweltministerin